



Detailansicht des Registereintrags

Helmholtz KLIMA

Aktuell seit 30.09.2026 13:40:19

Plattform

Registernummer:	R007586
Ersteintrag:	10.09.2025
Letzte Änderung:	30.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Helmholtz KLIMA Markgrafenstr. 22 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930206795744 E-Mail-Adressen: dialog@helmholtz-klima.de Webseiten: https://www.helmholtz-klima.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,20

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Prof. Dr. Katja Matthes**

Funktion: Direktorin des GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

2. Spiekermann Frank

Funktion: Verwaltungsdirektor

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Kerstin Podere****2. Sébastien Florent Martin Vannier****3. Laura Marie Garbe**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Gesundheitsförderung; Pflege; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Fischerei/Aquakultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Luft- und Raumfahrt; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Automobilwirtschaft; Industriepolitik; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Wasserversorgung und Abwasserversorgung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Helmholtz KLIMA ist die Dialog-Plattform für klimarelevante Forschung der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. in Trägerschaft des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung Kiel. Sie vermittelt zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Dafür bringt sie Forschende, politische Entscheider:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen in den direkten Diskurs, um gemeinsam wissenschaftsbasierte Lösungsansätze und Handlungsoptionen zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln und damit Wege zur Klimaneutralität und zur Anpassung an den Klimawandel aufzuzeigen. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Veranstaltungen sowie andere Fach- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Stellungnahmen und Policy Papers zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Ziel ist es, die Expertise der Helmholtz-Gemeinschaft wirksam in gesellschaftliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Grundlage dafür bildet die Forschung der 18 Helmholtz-Zentren aus den Forschungsbereichen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit,

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Klimaschutzprogramm der Bundesregierung gemäß § 9 Bundes-Klimaschutzgesetz

Beschreibung:

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung wird gemäß § 9 Bundes-Klimaschutzgesetz innerhalb der ersten zwölf Monate der Legislaturperiode beschlossen und dient der Erreichung der nationalen Klimaziele bis 2030 und 2040 sowie der Erfüllung europäischer Verpflichtungen. Begleitend zur laufenden Erarbeitung beteiligt das BMUKN Länder, Kommunen, Verbände und wissenschaftliche Akteure. Ziel der Interessenvertretung ist es, evidenzbasierte Forschung der Helmholtz-Zentren in den Prozess einzubringen, um verbleibende Emissionslücken durch einen konsistenten Policy-Mix zu schließen, insbesondere durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, wirksame Maßnahmen in Verkehr und Gebäuden, die Stärkung natürlicher Senken sowie klare Zuständigkeiten und ein wirksames Monitoring zur Steuerung.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; TEHG 2025 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; BWaldG [alle RV hierzu]; KSpG [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601140006 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung

Beschreibung:

Ziel ist die Ergänzung des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. Besonders bedeutsame natürliche Infrastruktur, die dem Bevölkerungsschutz dient, soll in § 1 Abs. 1a BNatSchG ausdrücklich als im überragenden öffentlichen und sicherheitspolitischen Interesse liegend verankert werden. Die dafür bedeutsamen Schutz- und Wiederherstellungsflächen sollen nach §§ 9a und 20a BNatSchG erfasst und ausgewiesen sowie bei Abwägungen entsprechend berücksichtigt werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. Entwurf eines Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes

Beschreibung:

Die Interessenvertretung betrifft den Entwurf eines Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes. Ziel ist die Ausgestaltung der vorgesehenen Sonderregelungen für militärische Bauvorhaben, insbesondere der Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes zur Eingriffsregelung, zu Schutzgebieten sowie zu artenschutzrechtlichen Ausnahmen und Befreiungen. Bei diesen Regelungen sollen der Schutz natürlicher Infrastruktur und ihre Funktionen für den Bevölkerungsschutz ausdrücklich berücksichtigt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 464/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TrinkwV 2023 [alle RV hierzu]; BImSchV 31 2024 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; SGÄndG 13 [alle RV hierzu]; BLG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; BWaldG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#); Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Infrastruktur-Zukunftsgesetz

Beschreibung:

Ziel ist die Änderung der durch das Infrastruktur-Zukunftsgesetz eingeführten Regelungen zur Gewichtung von Infrastrukturvorhaben und zur naturschutzrechtlichen Kompensation. Besonders bedeutsame natürliche Infrastruktur mit Funktionen für den Bevölkerungsschutz soll bei Abwägungen mit Verkehrsinfrastruktur als gleichrangiger öffentlicher und sicherheitspolitischer Belang berücksichtigt werden. Die Regelungen des § 15 Abs. 6a BNatSchG zu Ersatzzahlungen sollen so ausgestaltet werden, dass die betroffenen Ökosystemfunktionen durch räumlich und funktional geeignete Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen erhalten oder wiederhergestellt werden

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4099 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMV](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AEG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BSWAG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [EBKrG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [FStrG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [FStrAusbauG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [WaStrG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [WHG 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [LuftVG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BNatSchG 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [VwVfG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [UVPG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [ROG 2008](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [FStrBAG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [PBefG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AtG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [KrWG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [DepV 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [LuKIFG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGFFG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [OZG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL)

Beschreibung:

Ziel ist, bei der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/3019 in deutsches Recht wissenschaftsbasierte Stoffpfadanalysen für die Risikobewertung und Maßnahmenplanung zu verankern. Dazu sollen Vorgaben zur Erfassung von Stoffeinträgen, zu transparenten Stoffeintragsregistern und zur Verknüpfung sektorübergreifender Umwelt- und Wirtschaftsdaten geschaffen werden. Auf dieser Grundlage sollen Vermeidung, Regulierung des Stoffgebrauchs und Abwasserbehandlung nach Wirkung und Kosteneffizienz kombiniert werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollen die Nutzung digitaler Wasser- und Stoffflussmodelle, die Erprobung von Analyse- und Sensortechnologien in Reallaboren sowie die sichere Wiederverwendung gereinigten Abwassers ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Wasserversorgung und Abwasserversorgung

6. Weiterentwicklung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Stärkung des Landschaftswasserhaushalts

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Stärkung des Landschaftswasserhaushalts und einer einzugsgebietsweiten Wasserbewirtschaftung. Bei der Zulassung von Wasserentnahmen sowie in Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen sollen die kumulativen Wirkungen aller Entnahmen und weiterer wasserhaushaltsrelevanter Maßnahmen verbindlich berücksichtigt werden. Hierfür sollen Anforderungen an die Datengrundlage und an Szenarioanalysen zu Klima-, Wirtschafts- und Gesellschaftsveränderungen konkretisiert und digitale Wasserhaushaltsmodelle einbezogen werden. Diese Grundlagen sollen auch zur Bewertung von Nutzungskonflikten und der Wirksamkeit von Wasserentnahmeentgelten herangezogen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Wasserversorgung und Abwasserversorgung

7. Verbindliche Verankerung und dauerhafte Finanzierung des gesundheitlichen Hitzeschutzes

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Weiterentwicklung des Hitzeschutzplans des Bundesministeriums für Gesundheit sowie die verbindliche Verankerung und dauerhafte Finanzierung kommunaler Hitzeaktionspläne. Angestrebt werden klare Zuständigkeiten, die personelle und finanzielle Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Kommunen sowie ein bundesweit vergleichbares Monitoring und eine regelmäßige Evaluation. Darüber hinaus sollen verbindliche Hitzeschutzstandards und Schutzkonzepte in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen etabliert und Investitionen in deren baulichen und organisatorischen Hitzeschutz verlässlich finanziert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6343 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Hitzekrise ernst nehmen - Hitzeschutz verbindlich, sozial gerecht und finanziell absichern

Betroffenes geltendes Recht:

KAnG [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; ArbSchG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro